



Betr.: Pressekonferenz am 04.09.2007

Integrierte Gesamtschule: Garant für eine höhere Bildungsbeteiligung

Seit dem Regierungswechsel 2005 beobachten die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG-NRW) und der Landeselternrat der Gesamtschulen (LER) mit Sorge verschärfte Attacken, unterschwellige Diffamierungen und Benachteiligungen der Gesamtschulen durch die nordrhein-westfälische Landesregierung.

Offiziell wird von den Regierungsparteien zwar immer wieder betont, man wolle am gegliederten Schulsystem festhalten. Festzustellen aber ist eine einseitige Bevorzugung von Gymnasien und Hauptschulen. So werden die Gymnasien durch die Verkürzung der Sekundarstufe I noch stärker denn je von den übrigen Schulformen abgekoppelt und der Wechsel dorthin wird für Schülerinnen und Schüler anderer Schulformen nahezu unmöglich. „Die Tür zum Abitur bleibt für unzählige junge Menschen also nur noch an den Gesamtschulen offen. Durchlässigkeit gibt es nur noch von oben nach unten“, beklagt LER-Geschäftsführerin Petra Frie. Gleichzeitig investieren CDU und FDP einseitig in den Ausbau der Ganztagsangebote an Hauptschulen, während die Gesamtschulen leer ausgehen und so in ihren Entwicklungsmöglichkeiten beschnitten werden. Hier bestimmt die Ideologie das Handeln.

Deutlich zutage tritt der Versuch, das Image der Gesamtschulen zu beschädigen, auch bei der Bewertung des ersten Zentralabiturs. Einseitig werden die Leistungen der Gymnasien in den Himmel gelobt. Die Fakten aber sehen anders aus. Mit 2,6 fällt der Mittelwert der Leistungen an den Gymnasien um nicht einmal 0,3 besser als an den Gesamtschulen (2,86) aus. Ein Ergebnis, das eher die hervorragende Arbeit an den Gesamtschulen offenbart, schließlich

- ist das Resultat der Gymnasien der Querschnitt all jener aus der großen Schülerzahl „herausortierten Schülerrosinen“. Flößen die Noten jener Kinder in den Mittelwert der Gymnasien ein, die von diesen gar nicht zum Abitur geführt, sondern frühzeitig „abgeschoben“ wurden, fiel dieser drastisch.
- wiederholt an den Gesamtschulen kein Kind eine Klasse in der Sekundarstufe 1
- ist an Gesamtschulen ein hoher Anteil von Abiturienten mit Migrantenhintergrund Alltag, an Gymnasien die Ausnahme
- ist die Zahl derer, die ohne Gymnasialempfehlung zur Gesamtschule kommen und dort dennoch zum Abitur geführt worden hoch.

Zwei Beispiele für die oben genannten Punkte seien erwähnt:

Beispiel 1: An der Gesamtschule Fritz-Steinhoff in Hagen wies die Hälfte aller Abiturienten dieses Jahres einen Migrationshintergrund auf. Eine solche Quote findet sich an keinem Gymnasium in NRW.

Beispiel 2: Von 32 Abiturienten der Gesamtschule Nettetal hatte nur ein Schüler von der Grundschule eine gymnasiale Empfehlung erhalten, der Rest kam mit Haupt- oder Realschulempfehlung und wurde dennoch zum Abi geführt. An keinem Gymnasium hätte auch nur einer dieser Jugendlichen von Anfang an eine Chance erhalten.

„Nettetal zeigt beispielhaft und anschaulich, dass Gesamtschulen eine höhere Bildungsbeteiligung garantieren und Chancengleichheit gewährleisten. Ohne die Gesamtschule wären diese Kinder unter dem

Deckmäntelchen ihrer vermeintlichen praktischen Begabung um Berufs- und damit Lebenschancen gebracht worden“, betont der Vorsitzende der GGG, Werner Kerski.

Darüber hinaus zeige ein Beispiel wie Nettetal, was mit individueller Förderung in heterogenen Lerngruppen erreicht werden könne. „Die Landesregierung sollte endlich aufhören, den Eltern Angst einzuflößen, die ohnehin schon fürchten, ihr Kind könne in einer heterogenen Gruppen weniger lernen als unter ähnlich Leistungsstarken“, fordert Kerski.

„Vielleicht sollte Ministerpräsident Jürgen Rüttgers einmal eine Woche lang am Unterricht in einer finnischen Schule teilnehmen. Dann könnte er frei von Ideologie den Unterricht an unseren Gesamtschulen beurteilen“, schlägt der GGG-Vorsitzende fort. Seine Schulministerin hat es ja längst erkannt. Schließlich hat sie im Kreis des Landeselternrates bereits Anfang des Jahres eingeräumt, dass sich die Schulstruktur in NRW ändern wird.

Wie sehr sich die Eltern mehr Gesamtschulangebote wünschen, belegen die Anmeldezahlen dieses Schuljahres. Tausenden und abertausenden Kindern musste mangels ausreichender Plätze die Aufnahme verweigert werden. So verzeichnete man in Kleve 66,7 %, im Rhein-Sieg-Kreis 63%, im Erftkreis und Soest nahezu 60% mehr Anmeldungen als Plätze zur Verfügung standen. „Dieser Wunsch der Eltern wird von der Landesregierung mit den Füßen getreten“, bedauert Petra Frie.

Dass die Überhänge insgesamt in NRW von 31,7% (2006) nochmals um mehr als vier Prozent (36) in diesem Jahr gestiegen sind, führen GGG und LER auf den zunehmenden Stress durchs Turboabi an den Gymnasien und die Sorge der Eltern, ihr Kind könne dort dem brutalen Selektionsprozess mit all seinen psychischen Folgen zum Opfer fallen, zurück.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung

Die Zeichen der Zeit haben nach Ansicht von GGG und LER endlich die Sozialdemokraten entdeckt. „Die kürzlich in Bochum beschlossenen Bildungspläne der SPD sind ein erster Schritt in die richtige Richtung“, sind Petra Frie und Werner Kerski überzeugt. Die Kinder bis zum sechsten Schuljahr gemeinsam zu unterrichten, kann als Zwischenlösung akzeptiert werden. Am Ende aber muss ein voll integratives System stehen, damit sichergestellt wird, dass wirklich kein Kind verloren geht.

GGG und LER erinnern an jene, häufig ländlich geprägte Kommunen in NRW, die sich – unabhängig von der politischen Ausrichtung – schon jetzt für den Weg zur Gemeinschaftsschule entschieden haben. „Horstmar und Schöppingen sind Paradebeispiele für eine kluge und vorausschauende, die Wünsche der Eltern und Kinder ernst nehmende Politik“, sagt Kerski. Man werde aufmerksam verfolgen, ob die Landesregierung aus ideologischen Motiven Argumente erfinden werde, um den dort geplanten Modellversuch zu verhindern. Kerski: „Auf seinem von uns angeregten Weg nach Finnland kann Herr Rüttgers ja auch noch Station in Schleswig-Holstein und sich von der Begeisterung der Bevölkerung über die dort eingeführten Gemeinschaftsschulen ein Bild machen.“ Sein Parteifreund in Flensburg-Handewitt beispielsweise wird ihn sicher gerne durch die Schule führen.

Die SPD aber fordern GGG und LER auf, es nicht bei schönen Worten und dem Bekenntnis, in der Vergangenheit den Mut für eine Strukturänderung nicht aufgebracht zu haben, zu belassen. „Auch wenn die nächste Landtagswahl nicht weit entfernt ist, wünschen wir uns von den Sozialdemokraten eine offensive Ausrichtung für ein integratives Schulsystem“, betonen GGG und LER. Erforderlich ist dafür eine unaufgeregte und sachliche Aufklärung der Eltern.

An die Adresse von CDU und FDP geht der Appell: „Stoppen Sie ihre Schmutzkampagne, verzichten Sie auf Panik- und Stimmungsmache.“ Begriffe wie „Schulkrieg“ und „Kampf“ haben in einer demokratischen Auseinandersetzung um die Zukunftschancen unserer Kinder nichts zu suchen.